

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1914**

18.1.1914 (No. 17)



# Karlsruher Zeitung

## Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 17

Sonntag, den 18. Januar 1914

157. Jahrgang

Expedition:  
Karl Teichrich-Strasse No. 14, Karlsruhe  
Anschluß Nr. 951, 952, 953, 954, wobei auch  
Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;  
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 67 P  
Einschickungsgebühr: die Gmal gepaltene Postzeitung oder deren Raum 25 P Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte  
werden nicht zurückgegeben und es wird keine  
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung  
übernommen.

### Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 10. Januar 1914 gnädigst bewogen gefunden, dem Anstaltsdiener Joseph Mayer bei der Universitätsbibliothek Heidelberg die kleine goldene Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine Erzellenz der Herr Erzbischof hat die Pfarrei Birkendorf, Dekanats Stühlingen, dem bisherigen Pfarrverweser Joseph Henn in Birkendorf verliehen. Derselbe ist am 4. Januar 1914 förmlich eingesetzt worden.

Die Großh. Zoll- und Steuerrichtung hat unterm 23. Dezember 1913 die Finanzsekretäre Heinrich Eichhorn in Pforzheim nach Kenzingen und Valentin Walter in Kenzingen nach Pforzheim und

unterm 24. Dezember 1913 die Finanzsekretäre Otto Jährländer beim Steuerkommissär für den Bezirk Pforzheim Land II zum Steuerkommissär für den Bezirk Pforzheim-Stadt und Arnold Rüdert beim Steuerkommissär für den Bezirk Pforzheim-Stadt zum Steuerkommissär für den Bezirk Pforzheim-Land II veretzt;

unterm 6. Januar 1914 die Finanzassistenten Johann Kellner in Rahr, Heinrich Korzinek in Konstanz, Friedrich Schäfer in Neckarbischofsheim und

unterm 8. Januar 1914 den Finanzassistenten Franz Huber in Säckingen etatmäßig angestellt;

unterm 7. Januar 1914 den Finanzsekretäre David Sauter in Heidelberg nach Mannheim veretzt und mit Veretzung einer Steuerkontrollstellen am Hauptsteueramt daselbst betraut.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat unterm 5. Januar 1914 den Eisenbahngemeister Gustav Jenmann in Billingen nach Basel veretzt.

#### Die Versicherung der Rindviehbestände betr.

Auf Grund der Artikel 1, 2, 32 des Viehverversicherungs-gesetzes (Gesetz- und Verordnungsblatt 1910, Seite 581) wurde in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1913 dem Viehverversicherungsverband angegeschlossen:

Die Ortsviehverversicherungsanstalt in Eigeltingen (Amt Stockach).

Karlsruhe, den 10. Januar 1914.

Großh. Ministerium des Innern.

S. A. Wiener.

Straub.

#### Das Badische Staatsschuldbuch betr.

Der Kurs für Voreinzahlungen auf 4%ige Buchschulden beträgt bis auf weiteres 97,40 M. für 100 M. Buchschulden.

Karlsruhe, den 17. Januar 1914.

Großh. Staatsschuldenverwaltung.

### Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 17. Januar.

#### \*Die allgemeine Finanzdebatte in der zweiten badischen Kammer.

Die allgemeine Finanzdebatte hat den Zweck, eine Aussprache herbeizuführen über die finanzielle Lage des Landes und die von der Regierung befolgte Finanzpolitik, sowie über die allgemeine Politik der Regierung und damit über alle wichtigeren politischen Fragen, die gerade im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen. Diese Debatten ergeben ein meist recht zuverlässiges Bild von den Stimmungen, die in den Parteien vorherrschen und von der Stellung, die die Fraktionen gegenüber der Regierung einzunehmen gedenken. Dem Ministerium selbst wird in der allgemeinen Finanzdebatte Gelegenheit geboten, seine Regierungsgrundsätze noch des Näheren zu betonen und zu begründen.

Die diesmalige Finanzdebatte, die fast die ganze verfloßene Woche ausfüllte, ist insofern besonders bemerkenswert, als sie in einer nach neuen Wahlen zusammen-gesetzten Kammer erfolgte. Die Ansicht, die schon nach

Beendigung der Wahl hier und da geäußert wurde, nämlich, daß die Art und Weise der fraktionellen Zusammenfassung einen mäßigen Einfluß auf den Gang der Verhandlungen ausüben würde, hat sich anscheinend bewährt. Wie der Herr Staatsminister am Mittwoch mit Recht hervorhob, war die politische Temperatur in der Zweiten Kammer im allgemeinen eine gemäßigte. Das gelangte in den Reden der Führer klar zum Ausdruck. Wenn auch einzelne Redner, so die Sprecher des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Demokratie gelegentlich schärfere Töne anschlugen, so war die Tendenz nach maßvoller, besonnener Beurteilung der Dinge doch nicht zu verkennen. Jedenfalls stand der Ton, der in der Zweiten Kammer von den Fraktionsrednern angeschlagen wurde, in einem bemerkbaren, und zwar angenehm bemerkbaren Gegensatz zu dem Ton, den man aus den Äußerungen der parteipolitischen Presse in der letzten Zeit gewohnt war. Wenn diese ruhigere Art der Beurteilung, wie sie in der Zweiten Kammer in Erscheinung trat, auf die Presse etwas abfärben sollte, könnte das nur mit der größten Freude begrüßt werden.

Die Debatte wurde beherzigt im wesentlichen von drei großen Fragen. Und zwar betreffen sie die von der Regierung eingehaltene Finanzpolitik, sowie die Stellung der Regierung zum Jesuitengesetz und zum Großblock. In allen diesen Fragen gelangte die absolut einmütige Auffassung des Gesamtministeriums zum Ausdruck.

Daß das Gesamtministerium völlig in sich geschlossen ist und die Ereignisse mit harmonischer Übereinstimmung der Anschauungen beurteilt, dokumentierte sich schon rein äußerlich in der Tatsache, daß die Angriffe des Zentrums auf den Minister des Innern und den Kultusminister in Sachen des Jesuitenpaters Cohausz vom Staatsminister beantwortet wurden, der dabei auf das Nachdrücklichste betonte, daß das gesamte Ministerium die Verantwortung für die bekannten Vortragsverbote übernehme.

Was nun zunächst die allgemeine Finanzpolitik anbelangt, so fanden die von der Regierung durchgeführten Grundsätze, die der Finanzminister in einer besonderen Rede nochmals begründete, den Beifall der großen Mehrheit des Hauses. Prinzipielle Kritik übte lediglich der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, der Abg. Kolb. Demgegenüber blieb der Finanzminister bei der von der Regierung vertretenen und von der Mehrheit gebilligten Ansicht, daß eine Anlehenspolitik durchaus abzulehnen sei, und daß der oberste Leitfaden einer gesunden Finanzpolitik zu lauten habe: keine Anleihen außer für werbende Anlagen und keine Ausgaben ohne die nötige Deckung in den Einnahmen! Die verhältnismäßig günstige Lage der Finanzen des Staates wurde von sämtlichen Rednern anerkannt. Doch fand auch die Mahnung des Finanzministers, gleichwohl vorsichtig zu operieren und Reserven für Zeiten der Not zu sammeln, die Zustimmung der Mehrheit. Einen breiten Raum in der Erörterung nahm die Besprechung der Reichsfinanzen und der Zollpolitik des Reiches ein. Die Erklärung der Regierung, daß sie sich aufs entschiedenste gegen weitere direkte Reichssteuern aussprechen werde, fand — die Sozialdemokratie ausgenommen — allgemeinen Beifall. Auch die weitere Erklärung, daß die badische Regierung an der bisherigen Schutzollpolitik festhalte, wurde von der großen Mehrheit des Hauses durchaus gebilligt. Als Gegner dieser Politik bekannten sich die Sprecher der Sozialdemokratie und des Fortschritts.

Was die Jesuitenfrage anlangt, so sprach sich die Regierung durch den Mund dreier Minister, des Staatsministers, des Ministers des Innern und des Kultus-

ministers, gegen die vollständige Aufhebung des Jesuitengesetzes aus. Das Verhalten der Regierung im Falle Cohausz wurde durch den Staatsminister als durchaus gesetzlich bezeichnet und noch besonders mit dem Hinweis verteidigt, daß die hinter dem Vater stehenden Persönlichkeiten mit den Vorträgen in Pforzheim zweifellos eine Machtprobe hätten anstellen wollen, um zu sehen, wie weit der Staat zu gehen bzw. zurückzugehen gewillt sei. Demgegenüber galt es die Autorität des Staates zu wahren. Die beste Rechtfertigung für das entschiedene Vorgehen der Regierung bot dann die nach dem Verbot einsetzende maßlose Hege in der Presse und in der Öffentlichkeit. Im übrigen wurde von Seiten der Regierung betont, daß eine schärfere Handhabung des Jesuitengesetzes nicht beabsichtigt sei. Gelegentlich dieser Erörterungen teilte der Staatsminister mit, daß ein Antrag der erzbischöflichen Kurie in Freiburg auf Eröffnung von Verhandlungen über die Zulassung von Klöstern bei der Regierung eingegangen sei. Der Sprecher der rechtsstehenden Vereinigung, Abg. Bannbach, sprach sich übrigens im weiteren Verlauf der Debatte gegen die Zulassung von Klöstern aus.

Bezüglich der Stellung zum Großblock erklärte der Staatsminister, daß die Regierung sich auf diese Parteilosstellung nicht stützen kann, da sie in sich selbst viel zu wenig geschlossen ist; zudem stellt sich ja ein Teil derselben, die Sozialdemokratie, auch in der Kammer in einen bewußten Gegensatz zum Staat, indem er unter Vorwänden das Gesamtbudget ablehnt. Der Minister des Innern verteidigte in demselben Zusammenhang die Haltung der Regierung bei den Wahlen gegen Angriffe des Abg. Benedek. Diese Haltung ist, wie auch schon der Staatsminister vorher betont hatte, durchaus objektiv, d. h. die Regierung hat sich von einer direkten Einmischung in den Wahlkampf ferngehalten. Dagegen behält sich die Regierung natürlich das Recht der freien Meinungsäußerung vor. Wenn also das Regierungsorgan, die „Karlsruher Zeitung“, den Rückgang der Sozialdemokratie bei der Wahl als erfreulich bezeichnet hat, so ist das begründet und für das Organ einer monarchischen und nationalen Regierung selbstverständlich. Der Minister des Innern führte in seiner Rede den Rückgang der Sozialdemokratie im Wesentlichen auf das eigene Verhalten der Partei zurück. Die Art, wie die Sozialdemokratie sich zur Monarchie stellt, wie sie sich gelegentlich der Jahrhundertfeier und wie sie sich gegenüber der Heeresvorlage verhalten hat, diese Art hat dem badischen Volk nicht gefallen, und es hat bei den Wahlen diesem Mißfallen Ausdruck gegeben. Eine vorher gefallene Bemerkung des sozialdemokratischen Sprechers, des Abg. Kolb, daß die Sozialdemokratie sich nur gegen übertriebenen Byzantinismus bei den Gedenkfeiern des vergangenen Jahres gewandt habe, widerlegte der Minister am besten mit dem Hinweis auf die Tatsache, daß die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages ostentativ sitzen geblieben sei, als sich der Präsident, Abg. Kämpf, erhob, um des Jahres 1813 zu gedenken; die Fraktion habe also gar nicht abgewartet, was er sagen würde. — Die Rede des Ministers wurde von den bürgerlichen Parteien mit Beifall aufgenommen.

Die allgemeine Finanzdebatte erreichte am Freitag ihr Ende.

#### \* Innerpolitische Wochenrückblicke.

##### Folgerungen aus „Zabern“.

In dem Augenblick, in dem das Kriegsgerichtsurteil gegen den Obersten von Reuter rechtskräftig wurde, war der Zeitpunkt zu Entscheidungen anderer Art gekommen. Am 15. Januar wurde bekannt, daß sowohl in dem Pro-

zesse gegen den Leutnant von Forstner, als auch in dem Verfahren gegen den Oberst von Reuter der jeweilig zuständigen Gerichtsherr auf die Anwendung eines weiteren Rechtsmittels verzichtet habe. Beide Verfahren befanden sich, wie man sich erinnern wird, nicht im gleichen Stadium. Über das Verhalten des Leutnants von Forstner hatte, da der Angeklagte Berufung eingelegt hatte, bereits das Oberkriegsgericht gesprochen. Dieses hatte aus der Beweisaufnahme entnommen, daß der Angeklagte einen drohenden tätlichen Angriff der auf seinen Befehl verhafteten Person abgewehrt und sich dabei innerhalb der Grenzen der erlaubten Notwehr gehalten habe. Es stand nun noch das Rechtsmittel der Revision zur Verfügung, nach unserer Gerichtsverfassung kommt aber dem Revisionsgericht eine Nachprüfung imbezug auf die Würdigung der Beweisaufnahme nicht zu; eine Revision kann diese Würdigung nicht mehr umstoßen. Das Verfahren gegen Oberst von Reuter war nur in erster Instanz durchgeführt, in dieser aber der gute Glaube des Angeklagten an eine ihm nach seinen Dienstvorschriften zustehende Verurteilung hervorgerufen. Wegen der hier in Betracht kommenden Vergehen kann nach der Annahme des Gerichts eine Verurteilung nur erfolgen, wenn das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit als vorhanden angenommen wird. Dieser Rechtsgrundsatz ist, wie aus den in deutsche Blätter übergegangenen ausländischen Presstimmen hervorgeht, im Auslande nicht überall richtig verstanden worden.

Zu dieser Erwägung hat das Kriegsgericht sich verjagt, den objektiven Rechtsstand einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Die Dienstvorschrift über den Waffengebrauch des Militärs von 1899, auf Grund deren der Oberst von Reuter offenbar gehandelt hat, hat nun Teile einer Kabinettsorder des Königs Friedrich Wilhelm III. von Preußen aus dem Jahre 1820 vermerkt. Auch nach Erlaß der preußischen Verfassung haben die höchsten preußischen Regierungsstellen nach eingehenden gemeinsamen Verhandlungen kein Bedenken getragen, die Vorschriften dieser Kabinettsorder weiter zu verwenden. Infolge des eckelbringigen Falles haben sich jedoch Zweifel ergeben, ob eine richtige Abgrenzung der Befugnisse der Militärbehörden und der durch Gesetz umschriebenen Befugnisse der Zivilbehörden gegeben sei. Der Kaiser hat daher eine Nachprüfung der Dienstvorschrift von 1899 angeordnet. Es ist möglich, daß dabei auch die etwaige Vereinheitlichung der Dienstvorschriften für die verschiedenen Kontingente eine Rolle spielen wird. In bezug auf das Recht zum Waffengebrauch darf ein Zweifel nicht bestehen; durch die angeordnete Nachprüfung, deren Ergebnisse und etwaige weitere Folgen mit vollem Vertrauen abgewartet werden können, wird dem Rechtsbewußtsein volles Genüge getan und auch hier dem Grundsatz Geltung verschafft: „Recht muß Recht bleiben“.

#### Preußen und das Reich.

Der eben angeführte Grundsatz ist vom Reichskanzler von Bethmann-Hollweg am 10. Januar im preußischen Herrenhause angezogen worden. Er hatte sich zu einer Rede und einem Antrage des Grafen York von Wartenburg zu äußern. Der Antrag eruchte die preußische Staatsregierung in einer übrigens nicht bundesfeindlichen Formulierung, im Reiche dahin zu wirken, daß der Stellung Preußens nicht Abbruch geschehe und daß keine Verschiebung der staatsrechtlichen Verhältnisse zu Ungunsten der Einzelstaaten Platz greife. Gleich zu Anfang sagte Herr von Bethmann-Hollweg, der preußische Ministerpräsident könne den deutschen Reichskanzler nicht vor der Türe stehen lassen, und so hat er denn in längeren Ausführungen den preußischen Herren die deutsche Aufgabe Preußens und die untrennbare Verbundenheit Preußens und des Reiches dargelegt. Auch Fürst Bülow hat, wenn wir uns recht erinnern, das anfeuernde Wort: „Preußen in Deutschland voran, Deutschland in der Welt voran“ im preußischen Herrenhause gesprochen. Vom Standpunkt der Versammlungswirkung mag das Verfahren dankbar erscheinen, in der preußischen Volksvertretung die preußische Note anzustimmen, im Reichstage die deutsche; innerlich wertvoller, ist das umgekehrte Verfahren.

Im preußischen Herrenhause hat der Reichskanzler im übrigen die Zaberer Vorgänge sachlich nicht behandelt und im preußischen Abgeordnetenhause hat er ausdrücklich diese Angelegenheit der Zuständigkeit des Reiches und des Reichstages vorbehalten. Damit wird unzulässige Reibungen der verschiedenen Gesetzgebungskörper vorgebeugt. Trotzdem hat der Reichstag durch den Mund seines Präsidenten, Dr. Kämpf, Verwahrung gegen herabsetzende Äußerungen des Herrenhausredners Grafen York eingelegt. Es heißt, daß in dessen gesprochenen Worten die Haltung des Reichstages zu der Rüstungsverstärkung ungünstiger beurteilt worden sei, als der stenographische Bericht erkennen lasse. Möchte nun tatsächlich für den Reichstag Anlaß zur Verwahrung gegeben sein oder nicht, jedenfalls ist es nur zu begrüßen, wenn der Reichstag gegen Anzweiflung seiner nationalen Gesinnung empfindlich ist.

#### Zur parteipolitischen Lage.

Die Zaberer Vorgänge sind aus der Parteipolitik nicht heranzurücken, da sie die letzte markante Gruppierung im Reichstage und die damalige Stellung zur Regierung bestimmt haben. Aus Reden und Präparierungen der nationalliberalen Partei weiß man, daß diese über die Zaberer Vorgänge heute anders denkt, als am 4. Dezember, wo sie an der Abstimmung gegen den Kanzler teilnahm. Zugleich aber sieht man, daß es eine

Partei heute für schlechthin unmöglich hält, sich selbst zu desabonieren. Es wird sogar der Versuch gemacht, umso mehr die Schuld auf den Kanzler zu schieben. Dabei bedenkt man nicht, daß, wenn der Kanzler damals noch energischer zugunsten des Heeres gesprochen hätte, die Stimmung der nationalliberalen Fraktion und des Seite an Seite mit ihr gehenden Zentrums noch gereizter gewesen wäre. Die Möglichkeit, das damalige Votum zu rechtfertigen, beruht auf der Feststellung, daß es lediglich negativ gewesen sei. Das, was die nationalliberale Fraktion positiv am 4. Dezember wollte: die Einschärfung an das Militär, die Rechte der Zivilgewalt zu achten, ist genau das Gegenteil von dem, was die nationalliberale Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses am 13. Januar wollte: die Einschärfung an die Zivilverwaltung, dem Heere Achtung zu verschaffen. Auch im Zentrum ist inzwischen ein recht erheblicher Umschwung der Anschauungen eingetreten. Es fragt sich, ob er weit genug geht, um auch bei der bevorstehenden neuen Behandlung dieser Dinge im Reichstage wieder eine gemeinsame Frontstellung vom Zentrum und Nationalliberalen und dazu vielleicht noch Fortschrittler zu ermöglichen. Jedenfalls ist innerhalb dieser drei Parteien das Bestreben vorhanden, wenn möglich einen Bloß der Mitte aufrechtzuerhalten, nicht nur in dieser Frage, sondern für eine Reihe wichtiger politischer Aufgaben.

#### Braunschweig und die hannoverschen Welfen.

Der Herzog Ernst August von Braunschweig geht zum ersten Male als Bundeskapit in der Reichshauptstadt und wird dort an einem Kapit des hohen Odrers vom Schwarzen Adler teilnehmen. Kurz vorhergegangen ist die Erklärung des Reichskanzlers, daß jede Berufung auf den Herzog für die Bestrebungen der deutsch-hannoverschen Partei dem Willen des Herzogs widerspreche. Damit sind die Bürgschaften für den inneren Frieden verstärkt worden und es ist anzunehmen, daß nunmehr, dem Rate des Kanzlers entsprechend, etwaigen Kundgebungen dieser Partei immer geringere Bedeutung in der Öffentlichkeit beigemessen wird. Dem Herzog gebührt aufrichtiger Dank dafür, daß er dem inneren Frieden diesen Dienst erwiesen hat.

#### Politische Übersicht.

##### Der Herzog von Braunschweig am Kaiserlichen Hofe.

Berlin, 15. Jan. Anlässlich der Investitur des hohen Odrers vom Schwarzen Adler traf heute vormittag der Herzog von Braunschweig zu seinem offiziellen Besuch nach der Thronbesteigung ein. Auf dem Bahnhof waren der Kaiser in der Uniform der Leibgardehusaren, der Kronprinz, die Prinzen, der Kommandeur des Regiments der Zietenhusaren und andere erschienen. Eine Ehrenkompanie vom Augustaregiment erwies auf dem Bahnhofe die militärischen Ehren. Nach herzlichem Begrüßung schritten der Kaiser und der Herzog die Front der Ehrenkompanie ab. Der Kaiser geleitete den Herzog im Automobil nach dem Schlosse. Auf dem Wege wurde der Kaiser und der Herzog vom Publikum herzlich begrüßt. Der Herzog nahm in den Mecklenburgischen Zimmern Wohnung, wo er von der Kaiserin empfangen wurde.

Berlin, 16. Jan. Zu Ehren des Herzogs Ernst August von Braunschweig fand heute abend im Schlosse Galatafel statt. Der Kaiser brachte folgenden Trinkspruch aus:

Eure königliche Hoheit in meiner Residenz Berlin als Herzog von Braunschweig willkommen zu heißen, ist mir und der Kaiserin eine herzliche Freude. Dankbar empfinden wir es, daß Eure königliche Hoheit so bald nach Ihrer Thronbesteigung uns die Ehre Ihres Besuchs schenken. Seit im Schlosse der preußischen Könige ein Herzog von Braunschweig als gern geachteter Gast begrüßt werden konnte, sowie seit der Zeit, wo Braunschweiger Fürsten preußische Truppen führten und preußische Feldmarschälle wurden, sind lange Jahre dahingegangen. Die Beziehungen Preußens zu Braunschweig aber zu pflegen, war mir wie meinen Vorfahren an der Krone ein lieb gewordenes geschichtliches Vermächtnis. Diese Beziehungen getreuer Nachbarschaft sind auch bei den weiten Rissen, die als Regenten Braunschweigs Rechte zu verwalten hatten, in guter Gut gewesen. Ich vertraue, daß in aller Zukunft zwischen Preußen und Braunschweig der Geist eines engen bundesfreundlichen Einvernehmens leben wird, daß beide Staaten sich in ihrem Bestehen und in ihrer Eigenart als unantastbare Glieder der nationalen Einheit achten und schätzen werden. Eure königliche Hoheit bringe ich freudig die Zuversicht entgegen, daß mit Ihrer Übernahme der Regierung Braunschweigs in den Kreis der deutschen Fürsten ein Landesherr eingetreten ist, der sein Gelübnis für Kaiser und Reich mit deutscher Treue erfüllen wird. Ein gütiges Geschick hat es gefügt, daß ich Eure königliche Hoheit nicht nur als einen meiner hohen Verbündeten im Reich, sondern mit Liebe und mit Stolz auch als den Eidam betrachten darf, der mir im Herzen nahesteht. In der Stunde dieses festlichen Beisammenseins, an dem die geliebte einzige Tochter im Geiste teilnimmt, erlaube ich von neuem Gottes Segen für den schönen Bund, durch den Eure königliche Hoheit mir und der Kaiserin ein Sohn geworden sind. Mögen fort und fort beglückende Wirkungen davon ausgehen für unsere Häuser, für Braunschweig und für Preußen. Meine innigen Wünsche lasse ich zusammen in den Ruf: Ihre königliche Hoheit der Herzog und die Herzogin von Braunschweig, Sie leben hoch, hoch, hoch!

Auf den Trinkspruch des Kaisers antwortete der Herzog folgendermaßen:

Eure Majestät darf ich meinen ebenso ehrfürchtvollen wie herzlichsten Dank sagen für die überaus gütige, mich hocherfreuende Aufnahme, die ich bei dem ersten Besuche nach meinem Regierungsantritt am Hofe Eurer Majestät fand; insbesondere aber sage ich meinen Dank für die gnädigsten Worte, die Eure Majestät gerühmten lobten an mich zu richten, die lebhaften Wiederhall in mir fanden. Als eine der wesentlichsten Aufgaben meiner Regierung betrachte auch ich es, zum Reiche, zu

Preußen und vor allem zu Eurer Majestät gute staatliche und persönliche Beziehungen zu pflegen. Ohne solche können die braunschweigischen Lande nicht gedeihen. — Gleich Eurer Majestät vertraue ich hierbei auf Gottes Beistand, und ich wünsche nichts sehnlicher, als daß jene Beziehungen allzeit die denkbar besten seien. Möge dazu vor allem auch das enge verwandtschaftliche Band beitragen, das mich mit Eurer Majestät und Eurer Majestät Gattin beglückend verknüpft. Die Herzogin, meine geliebte Gemahlin, weiß, wie schon Eurer Majestät betonten, mit allen Gedanken in dieser Stunde unter uns. Auch ihr Herz wird höher schlagen in der Empfindung dessen, daß es mir vergönnt ist, die mich beehrenden Gefühle in den Ruf ausklingen zu lassen: Seine Majestät der Kaiser und Königin und Ihre Majestät die Kaiserin und Königin, Sie leben hoch, hoch, hoch!

Nach der Tafel war Cercle im Saal des Hofes.

#### Die Hecke in Zabern.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht, um die Behauptung zu kennzeichnen, daß die Zustellung der Verhältnisse in Zabern lediglich bestimmten, bisher dort in Garnison befindlich gewesenen militärischen Persönlichkeiten zur Last zu legen sei, einen Bericht des Garnisonkommandos Zabern aus dem Jahre 1903. Dieser Bericht schildert ausführlich, daß es bereits im Jahre 1901 in Zabern gelegentlich der Verhaftung eines Matrosenartilleristen durch einen Unteroffizier zu Ausschreitungen von Zivilisten, halbwüchsigen Burden, gegen den Unteroffizier kam. Der „Zaberner Anzeiger“ gab diesen Vorfall im Sachverhalt in völlig entstellter Weise wieder und begann eine ununterbrochene Hecke gegen den betreffenden Unteroffizier und die Militärbehörde. Der Unteroffizier wurde als Friedensstörer zwischen Militär und Zivil hingestellt und seine Entfernung aus Zabern gefordert. „In Rücksicht auf die Wahrung der vollkommenen Selbständigkeit der Militärbehörde“, heißt es in dem Bericht, „und der unbedingten Betonung des Rechtsstandpunktes sowie des Schutzes der Autorität der Vorgesetzten gegenüber den verheißenden, die öffentliche Meinung irreführenden Artikeln des „Zaberner Anzeigers“, konnte das Infanterieregiment Nr. 99 die aufgedrängte Verlegung des Unteroffiziers nicht ins Auge fassen.“ Die Heckartikel des „Zaberner Anzeigers“ führten zu einer vollkommenen Verwirrung der rechtlichen Auffassung. Die Folge war, daß halbwüchsige Burden beständig Reibereien mit den Unteroffizieren suchten und vor grundlosen Angriffen gegen diese nicht zurückschreckten. Im August 1903 provokierten wiederum Zivilisten vor einem Gasthause eine Schlägerei, bei der zwei Unteroffiziere mißhandelt wurden. In einem Artikel über den Vorfall forderte der „Zaberner Anzeiger“ die Verlegung des oben genannten Unteroffiziers, der mit der Angelegenheit nichts zu tun hatte. Zum Schluß weist der Bericht darauf hin, daß sämtliche Reibungen zwischen Unteroffizieren und Zivilisten seit Herbst des Jahres 1901 von Zivilisten provoziert wurden und auf die Heckartikel des „Zaberner Anzeigers“ zurückzuführen sind. — Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ knüpft an den Bericht folgende Bemerkung: Aus Vorstehendem ergibt sich unweigerlich, daß in Zabern seit dem Jahre 1901 zum mindesten an dem System nichts geändert worden ist, das bei der Erregung solcher Unruhen befolgt wird.

#### Das Telegramm des Generals von Pelet-Marbonne.

In den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ lesen wir folgendes: Als die beiden Deputierten des Kriegesgerichts-rottes Generals von Pelet-Marbonne an Herrn von Jagow und Herrn von Oldenburg durch die Straßburger „Neue Zeitung“ bekannt wurden, und behauptet wurde, daß sie nur durch die Indiskretion eines Postbeamten möglich gewesen, sprachen wir die Vermutung aus, daß die angeblich eingeleitete Untersuchung wahrscheinlich gegenstandslos sein werde, weil vielleicht ein Neugieriger das Telegramm bei der Aufgabe am Schalter mit gelesen und den so erhaschten Text dem Straßburger Blatt mitgeteilt habe. Diese Vermutung wird vollinhaltlich bestätigt durch folgende Mitteilung der „Rhein.-Westf. Ztg.“ aus Straßburg:

Tatsache ist, daß das Gericht um 10 Uhr zur Urteilsverkündung den Sitzungssaal betrat, und daß gegen 10,45 Uhr das Urteil verkündet wurde. General von Pelet-Marbonne wechselte darauf einige Worte mit dem Vertreter des Kriegsministeriums. Erst dann schrieb er die Drahtungen, verließ dann den Sitzungssaal und gab seinem auf der Straße wartenden Diener die zwei Drahtungen an die obengenannten Personen. Eine Titelbezeichnung fehlte vollständig. Auch enthielten die Drahtungen keinen Glückwunsch. Ihr Inhalt lautete kurz: „Freispruch, Pelet.“ Beide Drahtungen sind 15 bis 20 Minuten nach der Urteilsverkündung aufgegeben worden. General Pelet-Marbonne war also Privatperson in diesem Augenblick und hatte das Recht, seinen beiden Jugendfreunden Herrn von Jagow und von Oldenburg, die sich für den Ausgang des Prozesses interessierten, eine private Mitteilung zu machen. Die Sache kam dadurch zur Kenntnis des Blattes, daß ein Redaktionsmitglied der „Neuen Zeitung“ hinter dem Diener des Generals bei Aufgabe der Nachrichten stand. Die Post trifft keine Schuld.“

Es ist, so schließen die „Leipz. N. N.“, wirklich mit aufrichtiger Genugtuung zu begrüßen, daß sowohl in diesem Straßburger Fall wie in der Zaberer Angelegenheit unsere Reichspost und ihre Beamten völlig gerechtfertigt aus der Untersuchung hervorgehen.

### Der Prozeß gegen Lilian u. Gen.

Berlin, 16. Jan. Der neue Prozeß gegen die Zeuggenossen Lilian und Genossen begann, wie schon kurz gemeldet, heute vor dem Oberkriegsgericht des Berliner Gouvernements. Den Vorsitz führt Oberst Schulz. Verhandlungsführer ist Geh. Oberkriegsgerichtsrat Glawald. Beiführer Kriegsgerichtsrat Mayer, Vertreter der Anklage Kriegsgerichtsrat Eschierich, Verteidiger sind der Rechtsanwalt Kurt Thurm und Graffo. Bekanntlich wurden die sechs Angeklagten, die Zeuggenossen Lilian, Schleuder, Hinst, Hoge, der Feuerwerker Schmidt und der Militäroberintendantensekretär Pfeiffer vom preussischen Kriegsministerium wegen Verrats militärischer Geheimnisse, militärischen Angehörigen und passiver Bestechung am 5. August 1913 vom Kriegsgericht der Berliner Kommandantur zu 43 Tagen Festungshaft bis sechs Monaten Gefängnis und zum Teil zur Dienstentlassung verurteilt. Der siebente Angeklagte, der frühere Zeuggeliebte Traese, der zu drei Wochen gelinder Arrest verurteilt worden war, verzichtete auf die Berufung. Die sechs genannten Angeklagten und auch der Gerichtsherr haben Berufung eingelegt. Nach Aufzählung der Zeugen und Sachverständigen soll das Urteil der ersten Instanz verlesen werden. Auf Antrag des Vertreters der Anklage wird während der Verlesung die Öffentlichkeit ausgeschlossen, da durch die Verlesung die Staatsicherheit gefährdet ist.

Berlin, 16. Jan. Heute nachmittags wurde nach Verlauf von fast zwei Stunden die Öffentlichkeit wiederhergestellt und alsdann mit der Vernehmung der Angeklagten begonnen. Oberintendantensekretär Pfeiffer bereitete den vollen Inhalt der Anklage. Er habe mit Brandt die Feuerwerksschule besucht und sei infolgedessen seit langer Zeit mit ihm befreundet. Brandt schenkte ihm zu Weihnachten 100 M. Er sei darüber süchtig geworden und habe zu ihm gesagt: „Du verlangst doch nicht, daß ich Dir etwas von amtlichen Geheimnissen verraten soll.“ Brandt habe dies entschieden in Abrede gestellt. Er habe Brandt niemals Mitteilungen gemacht, die er in seiner Eigenschaft als Beamter des Kriegsministeriums erfahren habe, einmal weil er der Annahme sein konnte, die Sache sei im Interesse der Landesverteidigung geheim zu halten, und andererseits sei es überhaupt verboten, daß Beamte des Kriegsministeriums über amtliche Dinge etwas mitteilen. Er könne sich nicht enträteln, wie Brandt dazu kam, zu behaupten, seine Quelle über die Vorgänge im Kriegsministerium sei er. Auch Auszüge aus dem Etat des Kriegsministeriums habe er Brandt nicht geliefert. Alle diese Mitteilungen aus dem Kriegsministerium könne Brandt sehr wohl von anderer Seite erfahren haben. Auf Befragen des Verhandlungsführers, wie Brandt denn mit aller Bestimmtheit behaupten könne, daß er alle diese Mitteilungen von ihm, Pfeiffer erhalten habe, bemerkte der Angeklagte, er vermute, da er Brandt häufig besuchte und Brandts Wohnung polizeilich beobachtet wurde, habe Brandt sich gesagt, er wolle seinen richtigen Gewissensmann schonen und ihn, Pfeiffer, da er doch einmal von der Polizei beobachtet wurde und kompromittiert sei, als Gewissensmann ansetzen.

Der Angeklagte Zeuggeliebte Hoge bestritt ebenfalls, sich irgendwie schuldig gemacht zu haben. Er habe Brandt lediglich Mitteilungen gemacht, wenn er fragte, ob das, was er erzählte, richtig sei. Er habe im wesentlichen nur das bestätigt, was Brandt bereits sagte. Er habe keinen Anstand genommen, dies zu tun, da er Brandt bezüglich seiner guten Stellung, die er erhofft, förderlich sein wollte. Brandt habe ihm gesagt, er werde wohl in der nächsten Zeit Berliner Vertreter Krupps werden. Er habe nicht das Bewußtsein gehabt, ein Geheimnis zu verraten oder gar Landesverrat zu begehen. Er habe sich von Brandt niemals traktieren lassen und erbat lediglich, da er einen Unglücksfall in der Familie hatte, ein Darlehen von 1000 M. von Brandt und zahlte diese voll mit 4 1/2 Prozent Zinsen zurück. Der Angeklagte Feuerwerker Schmidt bestritt ebenfalls seine Schuld. Er nahm keinen Anstand, Brandt auf seine Fragen Mitteilungen zu machen, da ihm bekannt war, daß es gegenüber Krupp kein Staatsgeheimnis gäbe. Er hatte jedenfalls nicht das Bewußtsein etwas strafbares zu tun. Er ließ sich allerdings einigemal die Rede bezahlen, weil er befürchtete, daß Brandt als ehemaliger älterer Kamerad es ihm verübeln könne, wenn er es ablehnte. Der Verhandlungsführer stellte fest, daß Schmidt eine Gelbzündung von Brandt in Höhe von etwa 80 Mark und eine Begebenzahlung von etwa 20 Mark erhielt. — Die Verhandlung wurde dann auf Samstag vormittag 10 Uhr vertagt.

Der Reichskanzler hat am Freitag den Statthalter in Elsaß-Lothringen, Grafen von Wedel empfangen.

Müßige Erfindungen. Das B. L. M. meldet aus Berlin vom 16. d. M. Die heute abend von mehreren Seiten verbreiteten Gerüchte über einen bevorstehenden Wechsel auf dem Reichskanzlerposten, im Auswärtigen und im Reichskolonialamt, sowie über eine angebliche Erkrankung des Reichskanzlers werden uns an zuständiger Stelle als müßige Erfindung bezeichnet.

Die Zweite sächsische Kammer verhandelte über den nationalliberalen Antrag Gleisberg auf Verlängerung der zur Abgabe der Vermögenserklärung für den Wehrbeitrag festgesetzten Frist bis Ende Februar. Der Finanzminister von Seydewitz erklärte, die Regierung habe den Beitragspflichtigen von vornherein das größte Entgegenkommen bewiesen und die Frist, die in Preußen nachträglich bis zum 31. Januar verlängert wurde, wurde für Sachsen sogleich auf diesen Tag festgesetzt. Die Regierung sei daher außerstande, den Antrag auf allgemeine Fristverlängerung bis Ende Februar beim Bundesrat zu vertreten.

Im Spionageprozeß gegen den Kaufmann Richter wurde der Angeklagte vom Reichsgericht wegen vollendeten Verbrechens im Sinne des Paragraphen 3 des Spionagegesetzes zu zwei Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es, daß es als erwiesen gilt, daß der Angeklagte seit längerer Zeit mit einem russischen Nachrichtenbureau in Verbindung war und für seine Dienste Bezahlung erhielt. Ferner ist festgestellt, daß der Angeklagte in Königsberg von Bekannten drei Geheim zu haltende militärische Schriftstücke erwarb in der Absicht, sie an das russische Nachrichtenbureau auszuliefern.

Eine Gedenkfeier in Wittenberg. Aus Wittenberg, Bezirk Halle, wird vom Freitag gemeldet: Anlässlich der

vor 100 Jahren erfolgten Erstürmung der Festung fand gestern eine Feier statt. Der Gedenkstein ist aus Quadersteinen der ehemaligen Festungswerke und mit Kanonenkugeln gekrönt, die aus der Beschädigung stammen. Er war in dem Rasinergarten errichtet an der Stelle, wo vor hundert Jahren der Sturm unter Leitung des Grafen von Tauenzien seinen Anfang nahm. Der Gedenkfeier wohnte der Vertreter des Chefs des hier garnisonierenden Infanterieregiments Nr. 20 mit dem Offizierskorps und viele ehemalige Offiziere des Regiments sowie der General des dritten Armeekorps, General von Lachow, u. a. bei.

Zu dem Krupp-Zwischenfall in der holländischen Zweiten Kammer erzählt das B. L. M. zuverlässig, daß die nach Essen entlassenen holländischen Offiziere für Wohnung und Aufenthalt stets einen festen Satz gezahlt haben und die in der Kammer gefallenen Worte von Zulagen und anderen Vorteilen gänzlich grundlose Verdächtigungen sind, die die Verwunderung des Kriegsministers sehr erklärlich erscheinen lassen.

### Ausland.

Wien, 17. Jan. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Salona: Die provisorische Regierung hat bei der internationalen Kontrollkommission Schritte unternommen, damit diese von Europa die Abwendung internationaler Truppen zur Garantie der Ordnung und Sicherheit in der Stadt fordere.

Kapstadt, 16. Jan. Die heute Vormittag aus allen Landes- teilen eingegangenen Meldungen besagen, daß überall Ordnung herrscht und die Auswärtigen die Arbeit wieder aufnehmen.

### Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 17. Januar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hörte im Laufe des heutigen Tages die Vorträge des Geheimen Legationsrats Dr. Seyb, des Finanzministers Dr. Rheinboldt, des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo und des Ministers Dr. Böhm.

Freiburg (Breisgau), 17. Jan. Zum 80. Geburtstag des Zoologen und Biologen August Weismann schickte der Großherzog, die badische Regierung, sowie viele Hochschulen und Körperschaften, auch solche des Auslandes, ihre Glückwünsche. Die Akademische und die Naturforschende Gesellschaft ernannten den Gelehrten zu ihrem Ehrenmitglied; viele Abordnungen erschienen zur Gratulation.

### Aus der Residenz.

Großherzogliches Hoftheater. Nach längerer Pause gingen am Donnerstag wieder einmal die beiden ersten Teile von Schillers Wallensteintrilogie über die Bühne. Herr Kienscherf war sichtlich bemüht, den dankbaren, wenn auch schwierigen Aufgaben gerecht zu werden, die das klassische Werk der modernen Regiekunst stellt. Der szenische Rahmen war geschmackvoll entworfen, die Maschen zeugten von Überlegung und — allerdings nicht immer von Erfolg gekröntem — Streben nach künstlerischer Stillebnheit. Die darstellerischen Einzelleistungen waren qualitativ verschieden. In „Wallenstein's Lager“ boten die Herren Mark (Wachmeister) und Höcker (Trompeter) in Sprache und Gestik Lobenswertes; Herr Dapper unterstrich zu sehr die komischen Züge in der Gestalt des Kapuziners. In den „Piccolomini“ zeichnete sich Herr Baumbach als Wallenstein durch selbständig charakterisierendes Spiel, Wärme und Natürlichkeit der Sprache aus — womit indessen nicht gesagt sein soll, daß die Rolle nicht in manchen Phasen des Spiels noch gründlicher durchgearbeitet sein dürfte. Der Oktavio Herr Wassermanns befriedigte in Maske und Spiel, doch entbehrte seine Sprache nach unserem Empfinden des warmen, überzeugenden Tons. Echtes, reines Kunst bot Herr Lütjohann als Max; sein von edler Begeisterung getragenes Spiel war von hinreichender Kraft und Jugendfrische, seine Deklamation voller Leben und frei von allem falschen Pathos. Frau Ermarth war ihm als Thessa eine ebenbürtige Partnerin.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

#### Badischer Landtag.

##### Zweite Kammer.

Fortsetzung der 14. öffentlichen Sitzung: Freitag, den 16. Januar 1914.

##### (Kurzer Bericht.)

Am Regierungstisch: Staatsminister Dr. Frhr. von Dusch, die Minister Frhr. von Bodman, Dr. Rheinboldt und Dr. Böhm.

In der nach 1/4 Uhr eröffneten Nachmittagsitzung wird die allgemeine Diskussion über das Finanzgesetz zu Ende geführt. Zunächst kommt als zweiter Redner der nationalliberalen Fraktion Abg. Dietrich auf die Verwertung der Wasserkräfte, die Rheingeregulierung, die Versorgung des Landes mit Elektrizität, die Elektrifizierung der Staatsbahnen und den Bau von Kleinbahnen zu sprechen, um sich sodann der inneren Kolonisation zuzuwenden, wobei er die Ansiedelung der auf dem Lande wohnenden Arbeiterbevölkerung u. a. durch Abgabe ent-

sprechenden Geländes gefördert zu sehen wünscht. Er befürwortet sodann nach Hinweis auf die Notwendigkeit einer Vereinfachung der Staatsverwaltung eine günstigere Gestaltung der Anstellungsverhältnisse der Beamten und tritt auch für eine Besserung der Lage der Gemeindebeamten ein und wendet sich, zu parteipolitischen Fragen übergehend, zunächst gegen die Sozialdemokratie und ihr Programm, wobei er sich selbst auf den Boden der gegenwärtigen Wirtschafts- und Zollpolitik stellt. Redner, der bei Behandlung der Klosterfrage von der Regierung volle Wahrung der staatlichen Interessen erwartet, kommt des ferneren auf die für seine Partei seiner Ansicht nach ungünstige Wahlkreisgeometrie zu sprechen, bezeichnet die Konservativen als Schildknappen des Zentrums im Kampfe gegen die Nationalliberale Partei, u. beschäftigt sich schließlich, wie auch der folgende Redner, Abg. Hummel, mit der gesetzgeberischen Arbeit des Großblocks und der Kampfesweise des Zentrums während des vergangenen Wahlkampfes. Abg. Hummel, der sich den Ausführungen des Abg. Kolb über die Anleihepolitik nicht in vollem Umfange anschließen vermag, teilt die Ansicht seines Vorredners über die Revision des Gehaltsstarifes und die Vereinfachung des Betriebs der Staatsverwaltung, mahnt hinsichtlich der Errichtung höherer Schulen zu äußerster Vorsicht und gibt dem Wunsch Ausdruck, daß die Hochschulen auf der vollen Höhe ihrer Leistungsfähigkeit erhalten bleiben. Des weiteren findet insbesondere die Stellung der fortschrittlichen Volkspartei zur Schul- und Klosterfrage eine eingehende Erörterung und hinsichtlich des Proporz, welcher trotz seiner Mängel das relativ beste Wahlverfahren darstelle, wird dem Wunsch nach seiner baldigsten Einführung Ausdruck gegeben.

Als letzter Redner ergreift Abg. Fischer das Wort, von dessen Ausführungen insbesondere die Begründung des Antrages der rechtsstehenden Vereinigung auf Übernahme des Schulaufwandes auf die Staatskasse hervorzuheben zu werden verdient und welcher im Verlauf seiner weiteren Ausführungen u. a. auf die Landflucht und die Ursachen dieser Erscheinung, sowie auch auf die großen Bahnhofsbauten zu sprechen kommt.

Die Beratung wird hierauf geschlossen und nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Dr. Schöfer, Kolb, Bauschbach, Benedey und Dietrich die nächste Sitzung auf Montag, den 19. d. M., nachmittags 4 Uhr, festgesetzt.

Tagesordnung der 15. öffentl. Sitzung: Montag den 19. Januar, nachm. 4 Uhr. Anzeige neuer Eingänge. Sodann Bericht der Petitionskommission und Beratung in Betreff der Nachweisungen über die Erledigung der dem Großh. Staatsministerium während des Landesjahrs 1911/12 von der Zweiten Kammer der Landstände übermiesenen Petitionen.

Berlin, 17. Jan. Prinz Max von Baden ist heute vormittag 10.50 Uhr vom Anhalter Bahnhof abgereist.

Strasburg (Elsaß), 17. Jan. Der „Strasburger Post“ zufolge ist auf Anregung von fortschrittlicher Seite eine Interpellation in der Ersten Kammer über die hiesigen Vorgänge eingegangen, die am kommenden Montag um 3 Uhr nachmittags bereits verhandelt werden soll. Die Interpellation trägt die Unterschriften: Graf Adlauer, Dr. Curtius, Dr. Schwander, Ungemach, Dr. Benderscheer und hat folgenden Wortlaut: „Was denkt der Herr Statthalter zu tun, um Elsaß-Lothringen die Sicherheit zu verschaffen, daß die Inhaber militärischer Kommandogewalt in Elsaß-Lothringen sich in Zukunft innerhalb der Schranken ihrer Befugnisse halten?“

### Verschiedenes.

#### Ein englisches Unterseeboot gesunken.

Doverport, 16. Jan. Das englische Unterseeboot „A 7“ ist bei Plymouth gesunken.

Rhymouth, 16. Jan. 5.30 Uhr abends. Einem Schiff der Unterseebootflotte ist es um 5 Uhr nachmittags gelungen, mit der aus einem Leutnant und zwölf Mann bestehenden Besatzung des gesunkenen Unterseebootes „A 7“ in Verbindung zu treten. Sie waren sämtlich am Leben. Rettungsschiffe der Regierung befinden sich am Schauplatz. Es besteht die Hoffnung, das Unterseeboot zu heben.

Rhymouth, 17. Jan. 9 Uhr abends. Die Bergungsarbeiten sind eingestellt. Sie werden erst heute früh wieder aufgenommen werden. Als die Taucher zum ersten Male hinabgestiegen waren, klopften sie an den Rumpf des gesunkenen Unterseebootes und erhielten Antwort von der Besatzung. Als sie aber um 6 Uhr abends zum zweiten Male hinabstiegen, empfingen sie keine Antwort mehr. Man sucht die Ursache des Unglücks in einem Verlegen der Pumpen, die die Wasserbehälter hätten leeren sollen.

#### Verantwortlich für die Redaktion:

Chefredakteur E. Amend in Karlsruhe.

Druck und Verlag:

G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

**V**erlobungs- u. Hochzeits-Geschenke  
Reiche Auswahl eingerahmter Bilder in allen Preislagen  
E. Büchle Inh. Kunsthandlung u. Rahmenfabrik  
W. Bertsch Kaiserstraße 128

En détail Julius Strauss, Karlsruhe. En gros  
10 Prozent Skonto oder doppelte Rabattmarken  
gewähre ich bis auf weiteres auf sämtliche  
**Mode-Artikel**  
Einige Serien sind bis 50% im Preise reduziert F.69

**Moderne**  
**Hochleistungs-Dampfkessel-**  
**Anlagen**

**DAMPFKESSELFABRIK** vorm. **Arthur Rodberg**  
**AKTIEN-GESELLSCHAFT**  
**DARMSTADT.** F.214

**Turbinen** für alle Gefälle und Wassermengen.  
Größte Leistungsfähigkeit.

**Oldruckregulatoren**  
für Geschwindigkeit und Wasserstand.

**Escher Wyß & Cie., Ravensburg (Württbg.)**  
In den Fabriken der Firma bis jetzt 3400 Turbinen mit zusammen 2650000 PS. ausgeführt, mehr als irgend eine andere Turbinenfabrik, für Gefälle von 0,5 bis 950 m, darunter zahlreiche Anlagen für städtische und städtische Behörden. F.948  
Gründung der Fabrik in Ravensburg 1857. — Ingenieurbureau Freiburg i. B.: Schwimmbadstraße 42.

**J. Kovar**  
Friedrichsplatz 8



**Großes Stofflager in sämtl. Neuheiten**  
Spezialität:  
**Frack- und Smoking-Anzüge.**

Mäßige Preise.

Schlafzimmer, Wohnzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen- und Einzel-Möbel

In großer Auswahl kaufen Sie am vorteilhaftesten in dem altbekanntesten Möbelhaus von

**Lud. Seiter**  
Waldfische 7. Telefon 2068.

Nach  
**Südamerika**  
mit den neuen  
**Doppelschrauben-Postdampfern des Norddeutschen Lloyd**  
Regelmäßige Verbindungen nach allen übrigen Weltteilen  
Nähere Auskunft, Fahrpläne und Drucksachen durch  
**Norddeutscher Lloyd Bremen** und seine Vertretungen  
Karlsruhe i. B.: Hr. Stern, Karl-Friedrichstraße 22.  
Pforzheim: Franz Leppert, Leopoldstraße 1.

Empfehle die **neuen badisch. Dienstausszeichnungen** I., II. und III. Klasse sowie die **Landwehrdienstauszeichnung** nebst dazu gehörigen Band. Lieferung umgehend. G.74  
**L. Lautenschläger, Hofl.,**  
Anfertigung von Ordens- und Vereinsband etc. Elektr. Betrieb.  
**Kaiserstr. 77 KARLSRUHE Tel: 2716.**

**Winter-**  
**Kurorte :: Sportplätze**

**Basel Hotel Basler Hof** Clarastr. 36, zun. d. bad. Bahnh. Schöne Zimm. m. gut. Bette v. Fr. 1.50 bis 3.—  
Elektr. Licht, Zentralheiz. Bäder. Bestempfohl. **Münchener Bierstube, Guten Mittagstisch** zu Fr. 1.50 und 2.—

**Wintersport** F.587  
**Grindelwald = Hotel Alpina**  
Das ganze Jahr geöffnet. Vorzügliche Skifelder. Großartige Eis-Bob-sleigh- und Rodelbahnen. Elektr. Licht, Zentralheizung. Bäder. Mäßige Preise.

**ROM Hotel Quirinal**  
Weltbekanntes, vornehmes Haus an der berühmten Via Nazionale gelegen. Ruhige Zimmer nach dem Hotelgarten in voller Südfreie. Moderner Komfort. 70 Baderzimmer. Reduzierte Pensionpreise bis Februar. Besitzer: **Bucher-Durrer**

**Salò am Gardasee, Italien. Hotel Victoria.**  
Ganz renoviert. Am See geleg. Deutsches Haus, ganz deutsche erstklass. Küche, das ganze Jahr offen. Zimmer von L. 2.50; Pension von 7.50 L. an. Zentralheizung. Prosp. F.625  
**J. Gut** aus Herrenalb.

**St. Moritz Hotel Steffani.** 1850 m ü. M. ENGADIN.  
Altbekanntes Familienhotel in bester Lage. Für Sommer und Winter mit modernem Komfort eingerichtet. Mäßige Preise. Prospekte durch **Die Direktion.**  
**Villa Erika:** Zimmer u. Appartements zu verm.

**Idealer Winter - Kurort** F.79  
trocken und hübsch. Maximum der schönen Tage. Pens. v. Fr. 8.50 an  
**Gd. Hôtel Château Bellevue, Siders, Wallis.**

**Pension Villa Surmulins, Zuoz, Ober-Engadin.**  
Schöne, sonnige Zimmer. Herrl. Skifelder in nächster Nähe. Pension von Fr. 8.— an. **H. P. Lötcher-Biel.** G.50

**Fango-Kuranstalt Friedrichsbad.**  
Lokale **Fango - Applikation** gegen **Rheumatismus, Gicht, Neuralgien, Ischias**, besonders wirksam zur Resorption alter Exsudate, namentl. bei **chron. Frauenkrankheiten.** G.65

**G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag, Karlsruhe**  
**Abhandlungen zur badischen Landeskunde**  
herausgegeben von **LUDWIG NEUMANN** und **ALFRED HETNER**  
in Freiburg in Heidelberg  
Druckleitung: **Dr. DANIEL HÄBERLE** in Heidelberg

Sobald erscheint: Drittes Heft:  
**Studien zur Talgeschichte der Großen Wiese im Schwarzwald**  
Von **Dr. Bernhard Brandt**  
Mit 2 Karten und 3 Tafeln.  
Preis **4 2/40**

Die vorliegende Arbeit, das dritte Heft der Abhandlungen zur badischen Landeskunde, wird ebenso wie die vorhergehenden Hefte von allen die sich für Geographie interessieren, gern begrüßt werden.

Schon früher sind erschienen: Erstes Heft:

**Die Entwicklung der Kartographie Südbadens im 16. und 17. Jahrhundert**  
Von **Dr. Johannes Werner**  
Mit 21 Abbildungen auf 14 Tafeln.  
Preis **3 2/30**

Zweites Heft:  
**Die Oberflächengestaltung des nördl. Schwarzwalds**  
Von **Dr. Heinrich Schmitthenner**  
Mit 6 Abbildungen und 1 Tafel.  
Preis **4 3/—**

**Bekanntmachung.**  
Bei der heute stattgehabten stiftungsgemäßen Verteilung der Stipendien für Schüler der Großherzoglich Technischen Hochschule dahier aus der Winter-Stiftung wurden von den für das Jahr 1914 zur Verwendung bestimmten 342 M. 84 Pf. den Studierenden G.110  
Heinrich Finner aus Karlsruhe,  
Gans Rätling aus Karlsruhe,  
Karl Illmer aus Frankfurt a. M.,  
Heinrich Schmidt aus Karlsruhe,  
Stipendien im Betrage von je 85 M. 71 Pf. zugewiesen, was gemäß § 6 der Stiftungsurkunde hiermit bekannt gemacht wird.  
Karlsruhe, den 18. Januar 1914.  
Der Stibtrat:  
Dr. Klein schmidt. Neubef.

**Erhöhung des Einkommens**  
durch Versicherung von Leibrente bei der  
**Preussischen Renten-Versicherungs-Anstalt.**  
Sofort beginnende gleichbleibende Rente für Männer:  
beim Eintrittsalter Jahre 50 | 55 | 60 | 65 | 70 | 75  
jährlich % der Einlage: 7,24 | 8,24 | 9,24 | 11,40 | 14,16 | 18,12  
Bei längerem Aufschub der Rentenzahlung wesentlich höhere Sätze. Frauen erhalten wegen ihrer verhältnismäßig längeren Lebensdauer entsprechend weniger.  
Aktiva Ende 1912: 124 Millionen Mark.  
Prospekte und sonstige Auskunft durch: **Heinrich Kasten** in Karlsruhe, Mathystraße 3. G.94

**Atelier Max Peter** Karlsruhe  
Erbinventr. 31  
Wagner Damenschneider  
**Beste Maarbeit: Großes Stofflager**  
Echt englische Reitkleider und Kostüme  
Englische Ulster und Mäntel (Raglan) F.847

**Tüchtiger im modernen Maschinenfabrik-**  
**betrieb erfahrener**  
**Buchhalter**  
für **Betriebskostenanstellung** gesucht.  
Angebote erbeten unter Chiffre **G.56** an die Expedition dieses Blattes.

**Badische Lokal-Eisenbahnen A. G.**  
Karlsruhe i. B.  
Bei der heute gemäß den Anleihebedingungen veranstalteten Auslosung von 51 Stück unserer 4 1/2%pro. Teilschuldverschreibungen wurden die Nummern: 10, 13, 49, 72, 446, 517, 542, 765, 839, 844, 960, 1292, 1417, 1439, 1445, 1866, 2408, 2626, 3150, 3360, 3369, 3489, 3644, 3684, 3824, 3906, 4108, 4212, 4332, 4688, 5078, 5314, 5382, 5397, 5399, 5873, 6078, 6079, 6124, 6126, 6287, 6501, 6791, 6855, 7050, 7217, 7627, 7858, 7895, 7878, 7883, zur Rückzahlung zum Nennwert (M 1000.—) gezogen.  
Diese erfolgt vom 1. Juli 1914 ab bei den folgenden Einlösungsstellen: Karlsruhe: Rheinische Creditbank, Filiale Karlsruhe, Gesellschaftskasse; Berlin: Bank für Handel u. Industrie, Berliner Handels-Gesellschaft, S. Weichroder, Direction der Disconto-Gesellschaft, von der Heintz & Co., A. Schaaffhausen'scher Bankverein; Köln a. Rh.: Saf. Oppenheim jr. & Co., A. Schaaffhausen'scher Bankverein; Düsseldorf: A. Schaaffhausen'scher Bankverein; Frankfurt a. M.: Deutsche Bank, Filiale Frankfurt a. M.; Mannheim: Rheinische Creditbank, sowie bei deren sämtlichen Zweiganstalten; Stuttgart: Wm. Schlotow, gegen Rückgabe der ausgelosten Teilschuldverschreibungen mit den am 2. Januar 1915 und später fälligen Zinscheinen nebst den Erneuerungsscheinen. Mit dem 1. Juli 1914 hört die Verzinsung auf; fehlende Zinscheine werden vom Kapitalbetrag in Abzug gebracht.  
Karlsruhe, den 15. Januar 1914.  
**Badische Lokal-Eisenbahnen Aktien-Gesellschaft.**  
Der Vorstand.

**Brantleute**  
kaufen Möbel, Betten, Polsterwaren denkbar billig u. gut bei **E.618**  
**Heinrich Karrer,**  
Mühlburg, Philippstraße 19.  
Telephon Nr. 1659.  
**Komplette Einrichtungen** in 4 Stodwerken, Franko-lieferung auch nach auswärts.

Kgr. Sachs.  
**Technikum Mittweida**  
Direktor: Professor Holst.  
Höheres techn. Institut f. Elektro- u. Maschinentechnik, Sonderabst. für Ingenieure, Techn., Werkmeister, Elektr. u. Masch.-Laborat., Lehrfabrik - Werkstätten, Alteste und beste Anstalt.  
Programm etc. gratis v. Sekret.